

Stadt Freiburg im Breisgau, Oberbürgermeister
Postfach, D-79095 Freiburg

1.

Staatsministerium Baden-Württemberg
Herrn Ministerpräsidenten
Winfried Kretschmann
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

- per E-Mail in PDF -

Oberbürgermeister

Adresse: Rathausplatz 2 - 4
D-79098 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 / 201 – 1062
Telefax: 0761 / 201 – 1099
Internet: www.freiburg.de
E-Mail: ob-rsk@stadt.freiburg.de

Freiburg, den 25. Juli 2023

Kita-Gebühren

- Unterstützung der Eltern durch das Land Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2023/2024 musste die Stadt Freiburg die Kita-Gebühren zum nächsten Kindergartenjahr erstmals seit 2017 anpassen. Die Proteste der Eltern waren verständlicherweise groß, denn bei den vorherrschenden Preissteigerungen in fast allen Lebensbereichen sind gerade Familien mit mehreren Kindern und mittlerem Einkommen ohnehin bereits besonders stark belastet.

Seit der letzten Anpassung haben sich die Kosten in Freiburg um rund 20 Millionen Euro erhöht; hiervon sind die Mittel des Landes aus dem Finanzausgleich sowie die Elternbeiträge bereits abgezogen (Nettoaufwand). Die Mehrkosten sind insbesondere bedingt durch die Erhöhungen der Personalkosten aufgrund der Tarifsteigerungen der letzten Jahre. Auch der weitere Ausbau von Kita-Plätzen sorgt für eine stetige Kostensteigerung. Die Stadt Freiburg hat in den vergangenen Jahren massive Kraftanstrengungen unternommen, um die Umsetzung des Rechtsanspruchs überhaupt möglich zu machen: Seit 2010 wurden insgesamt über 3.600 neue Kita-Plätze geschaffen, davon über 2.500 Ganztagesplätze. Dies waren enorme Investitionssummen, die wir jedoch aus Überzeugung geleistet haben.

Doch nun kann die Stadt Freiburg die gestiegenen Kosten für die qualitativ hochwertigen Kitas ohne Unterstützung des Landes nicht weiter alleine bewältigen. Angesichts der ohnehin schon knappen Personaldecke ist es auch nicht möglich, Kosten einzusparen, ohne deutliche Qualitätseinbußen oder Betreuungsausfälle zu riskieren. Wir können und wollen das Kita-Personal, das so viel leistet, nicht weiter belasten. In der Folge kommen wir nicht umhin, die dargestellten Kostensteigerungen zumindest teilweise an die Eltern weiterzugeben.

Kindertagesstätten haben als Bildungseinrichtungen keinen reinen Betreuungs- sondern darüber hinaus auch einen Bildungsauftrag. Frühkindliche Bildung ist meiner Ansicht nach eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Daher appelliere ich an die Landesregierung, zumindest zu festen Teilen in die Übernahme der Gebühren für die Bildungsangebote in den Kindertagesstätten – wie auch die Mehrzahl der anderen Bundesländer – einzusteigen. Bildung sollte für alle frei zugänglich sein, unabhängig von den persönlichen finanziellen Möglichkeiten. Nicht zuletzt kann dadurch auch dem bestehenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden; im Zuge der Debatte um die Anpassung der Kita-Gebühren in Freiburg erreichten mich mehrfach Schreiben vorwiegend von Müttern, die mit Blick auf die Höhe der Beiträge in Erwägung zogen, ihre Berufstätigkeit zu reduzieren oder (vorübergehend) komplett aufzugeben.

Ich bitte Sie eindringlich, durch strategische neue Impulse die Eltern sowie die Träger mit ihrem engagierten Personal zu entlasten, um damit für mehr Familienfreundlichkeit und Gerechtigkeit zu sorgen.

Für ein Gespräch stehe ich sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Martin W. W. Horn

2.
Nachricht hiervon - **per E-Mail in PDF** -

an den Gesamtelternbeirat Kitas

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3.
Nachricht hiervon - **per E-Mail in PDF** -

an die Geschäftsstellen der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Fraktionsgemeinschaften, Gruppierung und Einzelstadtrat

jeweils mit der Bitte um Kenntnisnahme.

gez. Martin W. W. Horn